Nummer 29 — 22. Jahrgang

Crefeld, 17. Juli 1920

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastr. 7, Fernruf 4423, Telegr: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Acken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Was wir sollen!

Suchen wir den Geist,

damit wir ihn anderen geben können. Aeußere Organisation allein tut's nicht immer. Was ist die Zahl, die Masse gegenüber dem alles belebenden Geist? — Rinde, Schale ohne Inhalt. Was tun wir mit Massen, denen das innere Verständnis fehlt für das, wofür wir sie gesammelt?

Wenn wir Sauerteig sein wollen, dann muß jeder von uns, nach Kraft und Anlage, Leben in sich tragen. Wir meinen damit eine durch eigenes Nachdenken und in stetem Kampf mit den niederen Mächten in uns erworbene Ueberzeugung von der inneren Wahrheit unserer christlichen Weltanschauung.

Das ist wahrlich echt sozial gedacht, wenn der Einzelne sich

zum Opfer bringt für die Gesamtheit.

Nur wenige sind solcher Seelengröße fähig. Und doch beruht aller Erfolg, aller Fortschritt in der Kulturbewegung der christlichen Arbeiterschaft auf diesem Geheimnis des freudigen Opfergeistes. Niemals wird sie Lorbeeren pflücken, niemals die gesteckten Ziele erreichen, ohne daß jeder einzelne Opfer gebracht hätte! Opfer persönlicher Wünsche und Rücksichten, Opfer der Bequemlichkeit, Opfer an Zeit, Mühe und Geld.

(Aus dem Arbeitertaschenbuch 1908.)

Zur Krisis in der Textilindustrie.

Das wirtschaftliche Leben der Völker spielt sich unter fortwährenden Schwankungen ab. Es gibt da keine Stetigkeit, sondern ein beständiges Auf- und Abwogen. Wie das Meer ewig bewegt ist, so ist auch das Wirtschaftsleben in immerwährender Bewegung, es schwankt von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr. Kleinere, wenig empfindbare Schwankungen werden von uns kaum beachtet. Diese vollziehen sich als etwas Selbstverständliches und gleichen sich rasch hintereinander wieder aus. Dann aber treten Zeiten ein, da werden diese Stöße stärker und pflanzen sich fort von einzelnen Unternehmungen auf die ganze Volkswirtschaft: es treten jene Erscheinungen ein, die wir unter dem Namen Krisen kennen.

Solche Krisen sind Krankheitserscheinungen des Wirtschaftskörpers. Sie sind nicht erst neueren Datums. Nein, Krisen gab es schon in den frühesten Jahrhunderten, nur äußerten sich die Krisen früherer Zeiten in ganz anderer Weise. Die modernen Wirtschaftskrisen tragen ein wesentlich anderes Gepräge. Schon ihre Ursachen sind weit komplizierter als jene der alten Krisenerscheinungen. Was den alten und modernen Krisenerscheinungen gemeinsam ist, das ist die Tatsache, daß sie beide anormale und gefährliche Zustände des jeweiligen Wirtschaftslebens darstellen.

Das läßt sich mit vollem Recht auch von der derzeitigen Krise sagen. Von ihr wird nicht nur allein unsere Textilindustrie, sondern wohl die gesamte deutsche Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Ja, auch in außerdeutschen Ländern hat das ganze Wirtschaftsleben einen teilweise recht empfindlichen Stoß erlitten. So gibt z. B. der „Petit Parisien" einen Bericht seines Sonderberichterstatters aus Brüssel wieder, der ein Bild der durch den allgemeinen Preissturz in den belgischen Industrie- und Handelskreisen hervorgerufenen Krisis entwirft. Auffallend sei vornehmlich die Kaufunlust des Publikums. Die Warenhäuser seien verlassen und man wollte warten, bis die Preise weiter gefallen seien. Besonders ernst sei die Lage der Leder- und Textilindustrie. Die Webereien in Gent erhielten schon seit Wochen keine Aufträge mehr. Aehnlich sei die Lage der Tuchfabrikation von Verviers. 62 riesige, mit Waren angefüllte Magazine befänden sich in Antwerpen. Die Hafenanlagen könnten bereits keine Waren mehr aufnehmen da schon jetzt der letzte Quadratmeter Lagerraum in Anspruch genommen sei. Aehnliche Nachrichten kommen aus dem übrigen Ausland, so vor allem aus England, Frankreich und Italien.

Die allgemeine Lage der Textilindustrie in Deutschland hat in den letzten Wochen noch eine wesentliche Verschärfung erfahren. In Erwartung von Preisrückgängen halten die Verbraucher mit der Deckung selbst dringenden vorliegenden Bedarfes zurück. Diese Kaufunlust des Publikums ist aber letzten Endes weiter nichts als wie eine Kaufunfähigkeit weitester Volksschichten. Von der gegenwärtigen Krise kann ganz gewiß nicht gesagt werden, sie sei die Folge einer Ueberproduktion. Ganz im Gegenteil. Eine Knappheit an Waren war noch nie so groß als wie zur Zeit. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß während des Krieges fast alle Industrien direkt oder indirekt für den Kriegsbedarf arbeiteten. Darum ist auch heute der Friedensbedarf bei weitem größer als die Produktion, aber die Konsumenten, deren größten Teil die Arbeitnehmer ausmachen, sind infolge ihrer entsprechend der Teuerung viel zu niedrigen Einkünfte nicht in der Lage, ihren Bedarf decken zu können. Hinzu kommt dann ferner noch, daß sie durch die Besserung der Valuta und in der Erwartung, später preiswerter einkaufen zu können, angereizt worden, ihre Bedarfsdeckung noch länger hinauszuschieben. So ist denn in der Produktion eine Absatzstockung eingetreten, die noch dadurch verschärft wurde, daß durch die Hebung unseres Markkurses auch die Ausfuhr an Fertigfabrikaten stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Valutabesserung, die an sich zu begrüßen ist, ist zu einer Katastrophe geworden, deren Bedeutung heute noch nicht abzusehen ist.

Die Folgen der Krise sind allgemein bekannt. Da sich in Handel und Industrie die Läger immer mehr füllen, aber anderseits auch keine Aufträge mehr eingehen, ja da und dort bereits gegebene Aufträge wieder rückgängig gemacht werden, sind die nächsten Wirkungen der Krise Betriebseinschränkungen, Stillegung von Betrieben und als weitere Wirkungen Arbeitslosigkeit und Verelendung. Auch Preissturz, Geschäftsflauheit und bald darauf folgend Anhäufung von größeren Summen von beschäftigungslosem oder doch schlecht verzinstem Kapital werden noch ferner Begleiterscheinungen dieser Krise sein. Die Frage ist nun: Was ist zu tun? Wie können die Krisenwirkungen gemindert, wie können insbesondere einzelne ganz schlimme Begleiterscheinungen in ihren Folgen abgeschwächt werden?

Eine unnötige Verschärfung der Krise ist unzweifelhaft dadurch hervorgerufen worden, daß viele Großhändler und auch ein Teil der Industrie große Warenvorräte durchgeschleppt und nicht verkauft haben, nur um die Verbraucher allmählich zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die Krise ist ferner verschärft worden durch den Versuch der Industrie, durch Produktionseinschränkungen einen Ausgleich zwischen den gesunkenen Preisen und den hohen Produktionskosten herbeizuführen. Auch die Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen müssen naturgemäß noch zu einer weiteren starken Verminderung der Kaufkraft führen. Darum muß zunächst der deutsche Warenhandel sich unter allen Umständen einmal mit der Tatsache abfinden, daß ein erheblicher Rückgang der Warenpreise nicht länger mehr aufzuhalten ist. Er wird freilich mit Verlusten rechnen müssen, aber er kann sich dabei nur mit dem Gedanken trösten, daß diesen Verlusten frühere ungewöhnlich große Gewinne gegenüberstehen. Der Großhandel möge immer bedenken, daß das Publikum die Riesengewinne, die seitens der meisten Handelsunternehmungen während der Hochkonjunktur erzielt wurden, nicht vergessen und darum auch heute kein Mitleid mit seinen Verlusten hat. Eine mit allem Nachdruck zu erhebende Forderung der Zeit muß darum lauten: Senkung der Warenpreise, dann werden sich schon wieder neue Absatz- und Verdienstmöglichkeiten für Handel, Industrie und Arbeiterschaft eröffnen.

Es ist auch ein nicht nur ungesunder, sondern ein direkt wahnsinniger Zustand, daß in einer Zeit großen Waren- und Güterbedarfs, in einer Zeit wo alle Welt nach Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens gleichsam hungert, noch die Stillegung von Betrieben und Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen erfolgen. Es muß auf das allerentschiedenste verurteilt werden, wenn Unternehmer, die vorher die hohen Konjunkturgewinne eingesteckt haben, nun, wo Verluste eintreten, einfach ihre Betriebe schließen, und die Arbeitnehmer ihrem Schicksal überlassen. Einen Beweis der Rücksichtslosigkeit der Arbeitgeber wird von der „Deutschen Werkmeisterzeitung" in ihrer Nummer vom 25. Juni wie folgt geliefert:

„Die Regierung ersuchte die Zentralarbeitsgemeinschaft um eine gutachtliche Aeußerung in Bezug auf eine Unterstützung für Kurzarbeiter. Die Arbeitgebervertreter in der Arbeitsgemeinschaft lehnten einmütig es ab, eine solche gutachtliche Aeußerung abzugeben. Sie erklärten, die Unternehmer seien nicht schuld an der gegenwärtigen Krisis und könne man ihnen daher auch nicht zumuten, daß sie zu den Kosten dieser Arbeitslosigkeit beitragen sollen."

Ganz zutreffend gibt die „Werkmeister-Zeitung" den Unternehmern die Schuld, indem sie daran erinnert, daß sie auf der Jagd nach unermeßlichen Gewinnen sich überkapitalisiert und Materialien über Materialien zu jedem Preise aufgekauft hätten in der Annahme, daß ihnen infolge des Warenhungers jeder Preis bewilligt würde. Der spekulierende Unternehmer vergesse völlig, daß er für das Wohl und Wehe seiner Arbeitnehmer verantwortlich sei. Es ist darum nur eine Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit, wenn vom Unternehmertum verlangt wird, daß keine weiteren Entlassungen von Arbeitern erfolgen dürfen und daß unter allen Umständen weiterproduziert werden muß. Es besteht ein allgemeiner Warenhunger, aber trotzdem wollen die Unternehmer ihre Waren nicht zu einem niedrigeren Preise verkaufen, weil sie eventuelle Verluste nicht in den Kauf nehmen wollen. Sie hoffen auf ein Abflauen der Krise, Wiedersteigen der Preise und spekulieren auf die Kaufnotwendigkeit der Verbraucher. Es muß Aufgabe der Regierung sein, diese Pläne rechtzeitig zu durchkreuzen. Dem Volke muß der notwendige Bedarf zu annehmbaren Preisen geliefert werden. Die Unternehmer drängen wohl auf niedrigere Löhne, aber sie wollen selber mit den Preisen für ihre Produkte trotz früherer Konjunkturgewinne nicht heruntergehen.

Soviel für heute über die gegenwärtige Krisis. Bei dem Umfang des Stoffes kann man unmöglich im Rahmen eines Artikels die Frage erschöpfend behandeln. Darum behalten wir uns vor in den nächsten Nummern auf diese Materie noch zurückzukommen. Die hier gemachten Ausführungen sollten nur die Anregung geben und zeigen, daß das Krisenproblem eines der schwersten unserer Volkswirtschaft ist, das zweifellos nur unter Heranziehung und Mitwirkung von Gewerkschaften und Betriebsräten zu lösen ist. Es beweist dieses wiederum die von uns wiederholt erörterte zwingende Notwendigkeit eines gemeinsamen Hand in Handarbeitens von Gewerkschaften und Betriebsräten.

Zehn Prozent Steuerabzug vom Lohn und Gehalt.

Die technischen Vorbereitungen für die neue Art der Steuereinziehung durch Abzug der Steuer vom Arbeitslohn sind jetzt fertig. Die Steuerkarten sowohl wie die Steuermarken sind hergestellt, sodaß die Arbeitnehmer nunmehr das zweifelhafte Vergnügen haben, ihre Steuern vom Arbeitslohn abgezogen zu sehen. Ueber das zu beobachtende Verfahren wird folgendes bekanntgegeben:

Jeder Arbeitnehmer hat sich für das Rechnungsjahr 1920 von der Gemeindebehörde seines Wohnorts oder Beschäftigungsorts eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung der Steuerkarte kann von der Gemeindebehörde auf Antrag auch dem Arbeitgeber überlassen werden. Der Arbeitnehmer hat die Steuerkarte seinem Arbeitgeber vorzulegen. Die Pflichten des Arbeitgebers sind folgende: Jeder Arbeitgeber hat bei der Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes einzubehalten. Der einbehaltene Betrag ist auf die volle Mark nach unten abzurunden, in der die Lohnzahlung für eine Woche oder längere Zeit erfolgt. Für den einbehaltenen Betrag hat der Arbeitgeber Steuermarken in die Steuerkarten des Arbeitnehmers einzukleben. Dies erfolgt bei der Auszahlung des Arbeitslohnes. Liegt eine Steuerkarte des Arbeitnehmers nicht vor, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, Steuermarken in Höhe des einbehaltenen Betrages aufzubewahren, bis der Arbeitnehmer seine Steuerkarte vorlegt und die Steuermarken entsprechend zu entwerten. Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über empfangenen Lohn, einbehaltenen Betrag und Wert der eingeklebten und entwerteten Steuermarken zu geben.

Die Steuerkarte gilt als Zahlungsmittel bei der Entrichtung der Einkommensteuer. Die in der Form der et

geklebten Steuermarken entrichtete Einkommensteuer wird auf die endgültig zu zahlende Einkommensteuer angerechnet. Diese Berechnung erfolgt erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1920. Für den Fall, daß der Arbeitnehmer keine Steueranforderung empfängt, bedeutet der zehnprozentige Abzug also die vorläufige Steuerzahlung. Für den Fall, daß der Arbeitnehmer eine Steueranforderung empfängt, kann er die in seine Steuerkarte eingeklebten Steuermarken unter gleichzeitigem Vorlegen des Steuerfestsetzungsschreibens an Zahlungsstatt hingeben. Hierbei ist jedoch folgendes zu unterscheiden: Bleibt der Wert der Steuermarken hinter dem nach dem Steueranforderungsschreiben vorläufig zu entrichtenden Einkommensteuerbetrag zurück, so ist der Fehlbetrag in bar oder in bargeldloser Ueberweisung nachzuzahlen. Uebersteigt der Wert der Steuermarken die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer, so wird der Wert der Steuermarken bis zur Höhe des Einkommensteuerbetrages angerechnet und der Rest, falls die Einkommensteuer nicht mehr nachträglich zu entrichten ist, in bar zurückerstattet. Es besteht auch die Möglichkeit daß der Arbeitnehmer die Steuer direkt überweist. Auf Antrag des Arbeitgebers kann die Steuerbehörde gestatten, daß die Verwendung von Steuermarken unterbleibt. Der zehnprozentige Lohnabzug wird dann vom Arbeitgeber in bar oder durch Ueberweisung auf Postscheck- oder Bankkonto dem Finanzamt übermittelt. Der Arbeitgeber ist in diesen Fällen verpflichtet, dem Arbeitnehmer auf dessen Verlangen monatlich eine Bescheinigung über den ausgezahlten Lohn und den einbehaltenen Betrag auszustellen. —

Soviel über die technische Seite des Steuerabzuges. Letzterer selbst stößt — aus ganz naheliegenden und sehr begreiflichen Gründen — sowohl in Arbeitnehmer- als auch in Arbeitgeberkreisen auf sehr ernste Bedenken. Von Mitgliedern unseres Verbandes wurden solche in einer großen Anzahl Zuschriften und Einsendungen an die Schriftleitung zum Ausdruck gebracht. Bei der Fülle des eingegangenen Materials und mit Rücksicht auf den Raummangel unseres Blattes ist es uns vollständig unmöglich, auf alle Gesichtspunkte ausführlich einzugehen und die teilweise sehr geschickt abgefaßten Abhandlungen zu veröffentlichen. Für das rege Interesse an dieser Spezialfrage sei aber an dieser Stelle allen Einsendern gedankt. Im nachfolgenden wollen wir nun mit wenigen Sätzen kurz ausführen, wie wir uns gründsätzlich zu der Frage des Steuerabzuges stellen.

Einmal ist tief bedauerlich, daß selbst auch diese Frage von extremen Parteipolitikern wiederum in demagogischer Weise benutzt wird, um die schon bei der Reichstagswahl betriebene Agitation gegen die Vernunft fortzusetzen. Diesen Kreisen scheint es weniger darum zu tun zu sein, daß das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands endlich einmal zur Stetigkeit und zur Gesundung kommt, als vielmehr darum, daß jeder Regierung, gleichviel aus welchen Parteien sich dieselbe zusammensetzt, von vornherein Schwierigkeiten bereitet und Steine in den Weg geworfen werden. Die zehnprozentigen Abzüge von Löhnen und Gehältern sind für sie das Wesentliche, das Einzige, was sie dem Arbeiter von der im höchsten Maße revolutionären Steuerreform erzählen. Das Reichseinkommensteuergesetz mit dem zehnprozentigen Abzug ist doch nur ein Teil des heutigen Steuersystems. Letzteres sieht doch eine gewaltige Verschiebung des Kapitaleinkommens und der Vermögen zugunsten der Reichskasse vor, die nach der Durchführung des Reichsnotopfers, des Reichserbschaftssteuergesetzes, des Kapitalertragssteuergesetzes usw. eintreten wird.

Die gewissenlosen Hetzer und Schreier erzählen den Arbeitern nichts davon, daß die außerordentliche Kriegsabgabe vom Mehreinkommen der Kriegsgewinnler und Kapitalisten bis zu **70 Prozent** beträgt, daß das Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs die Kapitalisten bis **80 Prozent**, ja bis zu **100 Prozent** des Zuwachses packt, daß das Reichsnotopfer diese direkte Abgabe vom Vermögen bis zu **65 vom Hundert** packt, daß die Erbschaftssteuer bis zu **70** ja bis zu **90 Prozent** der Erbschaft steigt.

Das Steuerzahlen ist gewiß für niemanden ein Vergnügen, am wenigsten für Arbeiter, die meist nur eine einzige Einnahmequelle, ihren Lohn, haben der auf Heller und Pfennig genau erfaßt und nachkontrolliert werden kann. Aber es sollten die leidenschaftsvollen Parteifanatiker doch nicht so tun, als glaubten sie selbst, daß, wenn sie an die Regierung kämen, die Arbeiter überhaupt keine Steuern zu zahlen brauchten. Es spricht halt auch hier, wie bei so vielen anderen Angelegenheiten des Reiches, der Versailler Friedensvertrag ein ganz gewichtiges Wort mit. Darum erklären wir nochmals, daß es tief bedauerlich ist, wenn man aus Anlaß des zehnprozentigen Steuerabzuges vom Lohn den Steuerzahlern den Kopf verdreht und alles tut, um die Diskussion zu verwildern.

Nun zu den zehnprozentigen Abzügen. Der Darstellung gegenüber, als ob man damit ein Ausnahmegesetz für die Arbeiter geschaffen hätte, muß entgegengetreten werden. Der Reichspräsident, der Reichskanzler und die Minister, die Generaldirektoren und die Direktoren der größten Aktiengesellschaften und der mächtigsten Fabrikbetriebe müssen sich diesen Abzug ebenso gefallen lassen, wie jeder Arbeiter und jede Arbeiterin. Die Erfassung der Steuer an der Quelle ist natürlich eine bedeutsame Sicherung des Steuerertrages. Selbständige Kaufleute und Industrielle können, wie die einfachste sachliche Erwägung erweist, in dieser Weise nicht zur Steuer herangezogen werden. Man kann aber auch sehr wohl der Meinung sein, daß es für die Arbeiter eine große Erleichterung ist, wenn ihnen die Steuer in 12, 26 oder 52 Raten bei der Lohnauszahlung abgezogen wird, statt daß sie, wie bisher in zwei oder vier Zahlungsterminen, den ganzen Betrag der Steuer zu entrichten hätten. Es ist darum unsere ehrliche Ueberzeugung, daß, wenn sich dieses System, falls dasselbe nur hinsichtlich der Art der Steuererhebung reformiert, im übrigen aber unverändert beibehalten werden sollte, einmal eingelebt haben würde, die Arbeiterschaft sich schon damit abfinden würde. Für die Einführung des Steuerkartensystems war ja der gegenwärtige Zeitpunkt der allgemeinen Wirtschaftskrise recht ungünstig. Wir glauben darum sogar Grund zu der Annahme zu haben, daß, wenn das neue Steuersystem erst in einer Zeit guter Konjunktur hätte eingeführt und dieser zehnprozentige Steuerbetrag von der Arbeiterschaft im wesentlichen auf die Unternehmer hätte leicht abgewälzt werden können, die Arbeiterschaft im allgemeinen dieses System sogar als einen ganz besonderen Vorteil der Gesetzgebung betrachtet haben würde.

Gewiß soll nicht verkannt werden, daß das System trotz aller Vorzüge nicht ganz frei von Härten ist. Dafür kann aber am besten im Wege der Gesetzgebung — da an eine völlige Wiederbeseitigung des Steuerabzugs wegen der Finanzlage vorderhand wohl nicht zu denken sein wird — wenigstens durch Aenderungen im System des Steuerabzugs solche Härten möglichst von vornherein ausgeschlossen werden. Allen Verbandsmitgliedern aber, die endgültig voraussichtlich weniger an Steuern zu zahlen haben, als ihnen vom 25. Juni bis Ende des Jahres abgezogen werden muß, können wir nur empfehlen, bei dem für sie zuständigen Finanzamt den Antrag auf Rückzahlung sofort einzureichen. Dann muß es Aufgabe unserer führenden Verbandsmitglieder in allen Ortsgruppen sein, an die Parteien und an die Regierung mit entsprechenden Anträgen auf Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen und zur Beseitigung von Härten, heranzutreten. Beachtenswert ist nach dieser Richtung hin eine Entschließung der kath. Arbeiter- und Knappenvereine des Bezirksverbandes Gladbeck, die wir im Auszug veröffentlichen und die unsern Mitgliedern bei einem eventuellen Vorgehen gute Dienste leisten kann.

„. . . . . Angesichts der durch die Preissteigerung und Entwertung des Geldes eingetretenen Lohn- und Gehaltserhöhungen bedeutet die Durchführung der Verordnung insbesondere die „Muß"vorschrift über die Erhebung des höchsten Prozentsatzes die Aufhebung des Familien- und Kinderprivilegs und damit einen großen sozialen Rückschritt, der in seiner Wirkung noch verschärft wird durch die große Notlage, in der sich die kinderreichen Familien ohnehin schon befinden. Der politische Ausschuß ersucht die Leitung des Arbeitersekretariats, an Hand von Material der Reichsregierung, dem Parlamente und den Fraktionen des Reichstags die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes nachzuweisen und auf eine baldige Aenderung zu drängen. Neben der vorübergehenden Heraufsetzung des steuerfreien Einkommens für die Zeit der jetzigen Teuerung erscheint die Aufhebung des § 30 d. L. St.-G. notwendig. Im Notfalle soll man den Gemeinden das Recht einräumen, gesetzlich engbegrenzte Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben. Solange diese Ziele nicht erreicht sind, ist die Verordnung vom 28. Mai 1920 dergestalt zu ändern, daß die Hälfte des steuerfreien Einkommens nicht nach dem höchsten, sondern nach dem für die unterste Stufe geltenden Prozentsatze herangezogen, oder den Gemeinden die Möglichkeit einer Staffelung nach sozialen Gesichtspunkten gegeben wird."

*

Diese Darlegungen waren schon gesetzt, als wir aus Berlin die Nachricht erhielten, daß bereits im Wege der Gesetzgebung eine Aenderung im System des Steuerabzuges erfolgt sei. Der Steuerunterausschuß des Reichstages einigte sich auf folgende Grundsätze über die Ausführung des Paragraphen 45 des Einkommensteuergesetzes:

Die schematische Anordnung eines Steuerabzuges von 10 Prozent soll dadurch gemildert werden, daß beim Steuerabzug vom Lohn für Lohnarbeiter, Angestellte usw. ein Betrag von 5 Mark täglich zunächst außer Berechnung bleibt. Weiter soll der Familienstand der Arbeitnehmer berücksichtigt werden, indem für jedes Kind 1,50 Mark täglich ebenfalls außer Berechnung bleibt und lediglich der Restbetrag des täglichen Einkommens für den zehnprozentigen Steuerabzug in Betracht kommt. Das bedeutet eine große Erleichterung für die Steuerpflichtigen und mindert die vorläufigen Abzüge, namentlich bei Lohnempfängern mit größeren Familien bedeutend. Für Wochenlohnempfänger bleiben 30 Mark wöchentlich außer Berechnung. Für Monatslohnempfänger werden 125 Mark, für jedes Kind 40 Mark außer Berechnung gestellt beim zehnprozentigen Steuerabzug Uebersteigt der Arbeitslohn oder das Gehalt aber 15 000 Mark jährlich, so ist ein erhöhter Abzug vorzunehmen und zwar bis 30 000 Mark Einkommen 15 Prozent, von 30 000 bis 50 000 Mark 20 Prozent Bei höherem Einkommen steigen die Abzüge bis 50 Prozent.

Allgemeine Rundschau.

Sind die gestiegenen Löhne an der Preissteuerung schuld?

Mit einer ganz bestimmten Absicht wird von Vertretern solcher Volksschichten, die allen Grund haben, die Oeffentlichkeit über ihr wucherisches Treiben zu täuschen, geflissentlich die Auffassung vertreten, es seien nur ausschließlich die gestiegenen Löhne und Gehälter, die eine Preisteuerung aller Produkte hervorriefen. In Wirklichkeit liegt aber die Sache ganz umgekehrt. Der „Vorwärts" bringt in seiner Nummer vom 17. Juni einen Auszug aus einer Darstellung, die der Führer der Schuhindustriellen, Kommerzienrat Wallerstein, im „Wirtschaftsrat" gibt, wonach der Lohnanteil an Schuhen, die 400—500 Mark kosten, ganze 25 Mark betrage. Rechnen wir nun noch hoch gegriffen 125 Mark

---

Versäum' es nicht, zu lauschen,
Wie hart die Zeit auch zwingt,
Dem, was die Wipfel rauschen
Und was die Quelle singt!

Arbeits- und Lohnausfall und Ersatzmöglichkeit für unsere Kolleginnen.

Wenn auch die Lage unserer Textilarbeiterschaft nie beneidenswert war, im allgemeinen waren unsere Löhne infolge von manchen verhältnismäßig gut abgeschlossenen Tarifen doch durchweg höher, als in anderen Berufsgruppen. Wir haben doch dieses durch unsern Verband erreicht, und wenn unsere Mitgliederzahl so erfreulich weiter steigt als bisher, so bedeutet das eine größere Garantie, einen festeren Rückhalt im Interesse unserer Mitglieder selbst, denn nur die starke, machtvolle Organisation vermag sich durchzusetzen, und, wenn Stürme einsetzen sollten, auch zu behaupten.

Daß wir damit rechnen müssen, zeigt die gegenwärtige Lage des Textilgewerbes und die momentane Flaue, die zu Kündigungen und Herabsetzung der Arbeitszeit, teilweise bis zu 24 Stunden, führten. Und gerade in diesen Tagen sind die Arbeitgeber gerne geneigt, ihre Macht fühlen zu lassen und schon von Lohnabbau zu reden. Wir müssen also auf dem Plan sein. Was der Verband tun konnte hat er getan. In einer Eingabe (die in der Nummer 25 bereits veröffentlicht wurde) hat der Zentralvorstand auf die Not der Erwerbslosen die zuständigen Ministerien aufmerksam gemacht und hoffentlich auch günstig beeinflußt. Lokalerseits werden auch von unseren Kollegen und Kolleginnen Eingaben an die örtlichen Verwaltungsstellen (Bürgermeistereien, Kreisverwaltungen rc.) gerichtet werden und werden müssen.

Was allerdings von Erfolg sein wird müssen wir abwarten. Inzwischen jedoch wird Selbsthilfe das Beste sein.

Und da taucht die Frage auf: Können unsere Kolleginnen ihre ungewollte Freizeit nicht sonst ausnutzen? Es werden Möglichkeiten gegeben mancherorts und vielerlei. Es spielen allerdings die persönlichen und familiären Verhältnisse eine große Rolle, sodaß ich auf genaue Einzelheiten nicht eingehen kann. Aber eins möchte ich doch den Kolleginnen zum Durchdenken und zur Beantwortung anheimstellen: Könnte man nicht einige Zeit in die Landwirtschaft gehen?

Ich höre der „Was" und „Wie" und sonstiger Entrüstungsäußerungen schon viele Aber wollen wir uns nicht wenigstens im Geiste denn einmal zusammensetzen und das Problem einmal durchhecheln? Es mag sein, daß ihr gleich sagt: Wie kann man zu solchen Ideen kommen? Kolleginnen! Ich suche immer und in allem nach Wegen und Mitteln zur Besserung unserer wirtschaftlichen, gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Lage Und wenn ich es einmal recht bedenke, wäre es zum ersten allein schon vom gesundheitlichen Standpunkte aus nur zu wünschen, wenn es sich ermöglichen ließe, diesen Gedanken feste Form zu geben. Die Lungen, die das ganze Jahr Staub atmeten, sollen einmal voll frischer Luft gepumpt werden, der müde Körper sich einmal im Sonnenbad stählen können. Wäre es nicht verlockend, einmal nicht mehr das Geräusch der Maschinen, die Hitze des Websaales zu spüren, sondern einmal freie ungeschmälerte Luft zu genießen und die wohltuende Ruhe eines Bauerndorfes zu kosten, einmal ländlich derbe, aber reichliche und gesunde Kost zu erhalten, nicht jede Brotschnitte zählen zu müssen? Man hat schon oft gesagt: Industriearbeiter und -arbeiterinnen würden die schwere Landarbeit nicht ertragen können. Ich bezweifle die Richtigkeit und meine: gewiß, es wird etwas schwer sein, wenigstens in den ersten Tagen. Dann aber sind Körper und Muskeln daran gewöhnt. Allerdings: man muß frisch der Arbeit entgegengehen und Freude daran haben. Sich vielleicht auch einmal sagen: Ich will es versuchen. Ein junges Mädchen, welches gezwungen war zu verdienen, mehr aber noch gesund bleiben wollte und deshalb auf einem Gute Stellung suchte und fand, gibt ihre Eindrücke und Erlebnisse in einigen Artikeln im „Kranz" wieder; daraus ich folgendes herausgreife:

„Wer aufs Land zur Arbeit will, — muß frisch und froh drangehen, viel Mut und guten Willen mitbringen und Lust und Liebe zum Lande haben. Denn Landarbeit ist keine Spielerei, da heißt's fest zupacken und sich vor keiner Arbeit scheuen.

Alte, bequeme Kleider, vor allem kurze Röcke, sind die erste Bedingung zur Landarbeit. Die ältesten Sachen, die man in der Stadt wirklich nicht mehr brauchen könnte, sind gerade die richtigen, nur sauber und ganz müssen sie sein. Sind soundso viele Stücke im Rock ein- oder aufgesetzt, vielleicht auch in verschiedenen Farben, so macht das gar nichts. Er wird sich zur Arbeit sehr gut eignen, weil man ihn nicht in acht nehmen muß und sich frei darin bewegen kann. Bei kühlem Wetter oder Regen ist eine alte Jacke oder dickere Bluse zum Ueberziehen unbedingt erforderlich, die man dann gegen Mittag, wenn die Sonne herauskommt und es wärmer wird, abnehmen kann. Derbes, haltbares Unterzeug gehört zur Landarbeit, und mindestens zwei Arbeitsschürzen sind nötig. Die meisten Güter geben ganz billig oder umsonst Säcke ab, aus denen sich ganz leicht praktische Schürzen machen lassen, die sich großartig bewährt haben. Sehr wichtig ist die Schuhfrage, die ja jetzt so schwer zu lösen ist. Viele Arbeitsnachweise sind in der Lage, billig oder sogar kostenlos Arbeitsschuhe zu liefern, und die meisten jungen Mädchen, sogar die Großstädterinnen, gewöhnen sich überraschend schnell an Barfußgehen, was nicht nur für den Geldbeutel, sondern bei warmem Wetter auch für die Gesundheit sehr zuträglich ist. Ein paar Sonntagsschuhe und ein besseres Kleid muß natürlich auch mitgebracht werden. Denn selbstredend will sich ein junges Mädel am Sonntag und auch mal in der Freizeit nett und kleidsam anziehen und ausgehen. Ein Kopftuch, das gegen Staub und Sonne schützt, wird wohl keine vergessen. Eine ganze Reihe kam ohne Hut und war froh, ihn zu Hause gelassen zu haben.

Nachdem nun die „Toilettenfrage" erledigt ist, die ja bei den Damen an erster Stelle kommt, sehen wir uns mal die Unterkunft auf den Gütern an. Die Unterbringung geschieht meist in größern Häusern, den früheren Polenkasernen. Ihr werdet alle wissen, daß der größte Teil unserer Landarbeiter bis jetzt Polen waren. Durchweg sind die Kasernen hell und luftig, je nach der Größe stehen vier, sechs, auch mehr Betten in einem Raume. Jede hat ihr eignes Bett mit Strohsack, Kissen und zwei Decken. Bis zum kommenden Jahre müssen die Besitzer für Bettwäsche sorgen, aber in dieser Saison war es ja mit dem besten Willen noch nicht möglich. Ein verschließbares Spind ist in diesem Sommer schon für jede Person vorhanden. Ueberhaupt werden noch manche andere Verbesserungen in den Kasernen verlangt, z. B. mehrmalige Desinfektion im

an Lederkosten, Garn, allgemeine Unkosten usw., so macht das 150 Mark, so daß in jedem Paar Fabrikstiefel ein Gewinn von 250—350 Mark steckt.

Aehnlich so wie in der Schuhindustrie liegen auch die Dinge in anderen Industrien. Nicht die Arbeiter, sondern jene Kapitalistenkreise, die nicht schnell genug Riesengewinne erzielen konnten, sind, wie Wallerstein beweist, schuld an der gewaltigen Preissteigerung. Und nun kann man besonders in der augenblicklichen Krisenzeit vielfach noch die Beobachtung machen, daß gerade manche über Nacht zu Millionären gewordene Industrielle gleich bei der ersten Absatzstockung langjährige und im Dienste des Kapitals ergraute Arbeiter brotlos auf das Straßenpflaster setzen. Ja, wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, dann kann er ja gehen. Aber die Arbeiterschaft wird sich diese Behandlung wohl merken. Das Volks- und Arbeiterschädigende dieser brutalen Konjunkturgewinnler muß überall gebührend gebrandmarkt werden.

Furchtbare Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie.

Vom Zentralverband christlicher Lederarbeiter wird uns geschrieben:

Die ganze deutsche Schuhindustrie steht vor einer geradezu katastrophalen Erscheinung. Seit Monaten ohne nennenswerte Aufträge, die Lager überfüllt, muß sie, wenn nicht bald eine Besserung eintritt und vor allem wieder Schuhe gekauft werden, vollständig zusammenbrechen. Von den Folgen dieser Situation wird ganz naturgemäß die Schuharbeiterschaft fuchtbar hart getroffen. Von den rund 100 000 in der Schuhindustrie beschäftigten Personen arbeitet seit Monaten der größere Teil mit verkürzter Arbeitszeit und großen Lohnausfällen. Viele Betriebe sind seit Wochen vollständig geschlossen und mit jedem Tag mehrt sich die Zahl derselben. Mehr als 50 Prozent der Arbeiter sind vollständig arbeitslos. In Pirmasens, der Metropole der deutschen Schuhindustrie, mit seinen rund 20 000 Arbeitern und Arbeiterinnen sind alle Betriebe seit Anfang Juni stillgelegt. Aehnlich ist es an vielen andern Orten. Die Lage dieser Arbeiter ist geradezu trostlos, zumal angesichts der großen Teuerung auf allen Gebieten.

Was kann da helfen? Nur eine Belebung des Beschäftigungsgrades, dem eine Belebung des Schuhmarktes notwendigerweise vorausgehen muß. Die Schuhverbraucher müssen wieder Schuhe kaufen. Viele werden infolge ihrer schwachen Kaufkraft hierzu leider nicht in der Lage sein. Manche können aber auch kaufen, halten aber in der Hoffnung auf eine weitere Verbilligung der Schuhe damit zurück. Die Frage ist: liegt eine solche Möglichkeit tatsächlich vor? Nach unserer Auffassung nicht. Zunächst steht es so, daß wir in Deutschland zur Zeit keinen Ueberfluß an Schuhwaren haben, es stockt nur der Verkauf. Zudem dürften die lagernden Vorräte fast zur Hälfte aus Sommerware bestehen und somit aus dem Markte in den kommenden Herbstmonaten ausscheiden. Außerdem entsteht durch die gewaltige Betriebseinschränkung der letzten und kommenden Monate ein großer Produktionsausfall, der sich früher oder später durch die Beeinflussung der Schuhpreise nach oben ungünstig für die Schuhverbraucher bemerkbar machen muß, zumal doch einmal wieder Schuhe gekauft werden müssen. Auch die ganz natürliche Tatsache der wesentlichen Verminderung der Lederherstellung, die sich seit Monaten bemerkbar macht, wird preissteigernd wirken, wenn erst wieder einmal eine Belebung in Gang kommt und die Nachfrage nach Leder steigt. Sind doch die Zufuhren von Häuten und Fellen aus dem Ausland im Werte von über 200 Mill. Mark im Februar d. J. auf rund 60 Mill. Mark im Mai zurückgegangen. Auch die Häute aus deutschen Gefällen gingen im ersten Vierteljahr d. J. um rund 50 Prozent gegen die gleiche des Vorjahres zurück. Ein Rückgang der Produktionsmenge bringt aber in der Regel eine vermehrte Nachfrage und diese wiederum eine Steigerung der Preise. Auch haben die Preise für Rohhäute in den letzten Wochen wesentlich angezogen, wie auch die Lederhersteller zum mindesten weitere Preisreduzierungen nicht vornehmen werden. Das alles spricht dafür, daß die derzeitigen Preise für Schuhwaren, die bereits eine Ermäßigung bis zu 50 Prozent der Märzpreise erfahren haben, in den kommenden Monaten Reduzierung nicht mehr erfahren werden, unter Berücksichtigung der Herstellungskosten auch gar nicht erfahren können. Im Gegenteil: es ist die starke Möglichkeit vorhanden, daß bei dem anziehenden Herbstmarkt infolge der wahrscheinlichen Knappheit der Ware eine Steigerung der Preise eintritt. Somit würden die Käufer von Schuhwaren ihr Warten mit höheren Preisen zu bezahlen haben anstatt mit niedrigeren. Wer das vermeiden und später nicht der Geschädigte sein will, der decke, so weit er das kann, daher jetzt seinen Bedarf an Schuhwaren.

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

zeigt im großen und ganzen auch jetzt noch keine Aenderung. Die Zurückhaltung der Großabnehmer, welche noch über genügende Läger verfügen, besteht fort, und es werden vielfach Versuche gemacht, die laufenden Verträge zu kündigen. In fast allen Kreisen der deutschen Textilindustrie ist man der Ansicht, daß im Herbst Bedarf eintreten wird, und daß sich dann die Lage günstiger gestalten wird. Ob und inwieweit der seit einiger Zeit eingetretene Rückgang der Rohstoffpreise seinen Einfluß auf die Warenpreise ausüben wird, läßt sich heute noch nicht sagen. In den verschiedensten Gegenden haben Betriebseinschränkungen stattgefunden, die sich natürlich noch verstärken werden, wenn die Krisis länger als erwartet anhält.

Aus unserer Bewegung.

Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge in Crefeld

ging uns nachfolgender Bericht zu, den wir des allgemeinen Interesses wegen ungekürzt veröffentlichen.

Die Lage in der hiesigen Textilindustrie verschlechtert sich von Tag zu Tag zusehend. Am schlimmsten leiden hierunter die Arbeiter der Seidenstoffbranche, in der schon seit Wochen die Arbeitszeit erheblich gekürzt ist. Zu diesen Arbeitszeitverkürzungen treten aber noch z. T. sehr viele Aussetztage für Warten auf Material, stellenweise bis 14 Tage und länger hinzu. Während Entlassungen bisher nur in ganz beschränktem Maße vorgenommen wurden, zeigt die Frequenz auf unserer Geschäftsstelle in den letzten Tagen ein sprunghaftes Anschwellen der Zahl der wegen Mangel an Aufträgen Entlassenen. In der Samtindustrie wurde bisher nur von zwei Betrieben Arbeitszeitverkürzungen gemeldet, während alle anderen Betriebe noch voll beschäftigt sind, aber auch hier machen sich Anzeichen einer niedergehenden Konjunktur bemerkbar. Nach Angaben des Arbeitgeberverbandes für die Samt-Industrie laufen keine Neubestellungen mehr ein, die noch flotte Beschäftigung ergebe sich aus vorliegenden Orders, die, um nicht annulliert zu werden, mit Beschleunigung fertiggestellt würden. Dasselbe Bild sehen wir auch in der Bandindustrie.

Die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not und die noch zu fürchtende erhebliche Vergrößerung derselben veranlaßte unsern Verband, schon unter dem 10. Mai eine wohlbegründete Eingabe an die Stadtverwaltung zu machen, in der vor allen Dingen um Bereitstellung von Mitteln zur Linderung derselben und evtl. Notstandsarbeiten verlangt wurden. Erst nach mehr als fünf Wochen, am 16. Juni endlich kam in einer Sitzung der städt. sozialen Kommission diese Eingabe zugleich mit einer Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes zur Besprechung. Nach einem Bericht des Leiters der städt. Erwerbslosenfürsorge waren in diesen Wochen 900 Arbeitslose gemeldet. Im Verlauf dieser Sitzung glaubte der Oberbürgermeister Dr. Johansen seine Freude darüber aussprechen zu können, daß die Arbeitslosigkeit doch den Grad noch nicht erreicht habe, den er immer gefürchtet habe, denn sowohl von Arbeitgeber- wie auch von Arbeitnehmerseite sei ihm die Sache außerordentlich schwarz gemalt und er habe eine erheblich höhere Zahl vermutet. Der Vertreter unseres Verbandes, Kollege K. Kleinermanns, wies darauf hin, daß die Zahl 900 der tatsächlich gemeldeten Erwerbslosen auch nicht annähernd ein vollständiges Bild der vorhandenen Erwerbslosigkeit darstelle, da einerseits aus bekannten Gründen sich eine große Anzahl Erwerbsloser gar nicht melde (durch Anrechnung in der Familie noch vorhandener Einkommen rc.), andererseits die Kurzarbeiter auch nicht berücksichtigt seien. Durch Hinzuziehung auch dieser Erwerbslosen wird sich die Gesamtzahl wesentlich erhöhen. Ohne Zweifel aber herrsche in beiden Kategorien Erwerbsloser bitterste Not, da 1. die Unterstützungssätze für Voll-Erwerbslose im Verhältnis zur augenblicklichen Teuerung viel zu gering seien, 2. der Prozentsatz (70% des Arbeitsverdienstes) zur Erlangung einer Unterstützung für Kurzarbeiter viel zu hoch sei. Geradezu katastrophal aber wirke für die Erwerbslosen Crefelds die Bestimmung, daß für Crefeld — eine Großstadt von mehr als 130 000 Einwohnern, dazu anerkannt eine der teuersten Städte am Niederrhein — die Klasse C (Höchstsatz 8 M. für männliche über 21 Jahre alte Arbeiter) Geltung habe. Redner verlangte nicht nur allein energische Schritte seitens der Stadtverwaltung bei den zuständigen Behörden um Aenderung dieser ganz unverständlichen Ortsklasseneinteilung, die um so unverständlicher sei, als für alle Beamte und Angestellte der Kommune rc. die Gehaltsklasse A Geltung habe, sondern betonte auch, daß selbst die Zuteilung Crefelds zur Ortsklasse A die Erwerbslosensätze im Verhältnis zur augenblicklichen Teuerung keineswegs ausreichend seien und unbedingt eine Erhöhung der Sätze über die in der Verordnung vom 5. Mai festgelegten erfolgen müsse. Er wies auf die Eingabe hin, die von seiten der Zentrale unseres Verbandes in dieser Hinsicht an die zuständigen Ministerien des Reiches und Preußens gemacht worden sei und die eine eingehende Begründung der vom Redner verlangten Aenderungen erhalten. Sollten derartige Eingaben Erfolg haben, so müßten seiner Ansicht nach durch Unterstützung alle interessierten Kreise mithelfen. Diese Pflicht haben in erster Linie die Kommunen. Er beantragte eine gleichlautende Eingabe seitens der Stadt an die zuständigen Behörden und außerdem die Entsendung einer Abordnung nach Berlin, um eine beschleunigte Erfüllung der vorgebrachten unumgänglich notwendigen Erhöhung der Unterstützungssätze zu erlangen. Daneben müssen aber die in Betracht kommenden Abgeordneten unserer Stadt in den Parlamenten mobil gemacht werden, die ihrerseits veranlaßt werden, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um diesen berechtigten Forderungen schleunigst zum Durchbruch zu verhelfen. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen müsse aber auch eine fürsorgliche Tätigkeit der Stadtverwaltung und der zuständigen sonstigen Behörden einsetzen, um einem Abbau der im besetzten Gebiete und namentlich in Crefeld überaus horrenden Preise für die Bedarfsartikel des täglichen Lebens herbeizuführen. Die Gärung innerhalb der Bevölkerung sei ungemein groß — größer als die in Betracht kommenden Kreise annehmen — sodaß schleunige Schritte unbedingtes Gebot der Stunde sei. (Mittlerweile ist diese Gärung zur Explosion gekommmen. Nach einer Demonstration gegen den Lebensmittelwucher, die auf dem Westwall hierselbst stattfand und die das freie Gewerkschaftskartell veranstaltet hatte, zogen Tausende in das Stadtinnere und stürmten die Markthalle, verschiedene Warenhäuser, einige Schuh- und Zigarrengeschäfte usw., zertrümmerten mehr als 30 Schaufenster und raubten die darin befindlichen Auslagen. Die Polizei war machtlos, und nur durch das Eingreifen der Besatzungstruppen wurde noch größeres Unheil vermieden. Eine Anzahl mehr oder minder schwer Verletzter und ein Toter sowie ein Schaden, der in die Millionen geht, ist das Ergebnis dieser bedauerlichen Ausschreitungen.)

In seiner Erwiderung betonte der Oberbürgermeister, daß er die Notwendigkeit der dargelegten Wünsche und Forderungen voll und ganz anerkennen müsse und unterstützen wolle. Seitens der Stadt seien schon mehrfach Schritte unternommen bei den zuständigen Stellen, bisher jedoch ohne Erfolg. Von einer Abordnung nach Berlin verspreche er sich umsomehr, als schriftliche Eingaben, wegen der Fülle derselben, längere Zeit ihrer Bearbeitung harren müssen. Hier sei schleunige Abhülfe

---

Jahre, damit unsere deutschen Landarbeiter ein menschenwürdiges Dasein führen und sich auf dem Lande wirklich wohl fühlen können. Bevor die Besitzer ihre Wanderarbeiter bekommen, werden die Güter von einer erfahrenen Fürsorgerin eingehend besichtigt, etwa sich zeigende Mängel beanstandet und die Leute erst geschickt, wenn alles den Vorschriften entsprechend geordnet ist. — Eine traurige Erfahrung ist es daß auch unter den deutschen Mädchen allerwärts unordentliche und schmutzige sind, die viel verderben und von Ordnung und Sauberkeit keine Ahnung haben. Andere dagegen verstehen es, sich mit den einfachsten Mitteln ihr kleines Reich wohnlich und gemütlich zu machen, wozu ein paar Photographien von daheim und frische Blumen oder Tannengrün erheblich beitragen.

Mit der Verpflegung ist es auf dem Lande bedeutend besser als in der Stadt zumal da das Reichsernährungsamt für deutsche Wanderarbeiter Selbstversorgerration bewilligt hat, d. h. sie haben dieselbe Menge wie der Landwirt selbst. Auf den meisten Gütern wird vollständige Verpflegung gegeben; der Besitzer hat also die Verpflegung seiner Leute, liefert alle Lebensmittel, und eine Frau oder ein Mädchen des Transports übernimmt das Kochen, damit die Mädels nach ihrem Geschmack das Essen bekommen. Außerdem gibt es einen Bartagelohn, der in der letzten Ernte laut Tarif 3,50 M. pro Tag betrug. Es gibt aber auch noch einzelne Güter, wo anstatt vollständiger Verpflegung Deputat gegeben wird und täglich 1 M. sogenanntes Freigeld, mit dem alle Ausgaben, Butter, Marmelade, Gemüse und dgl. und auf manchen Gütern noch Fleisch und Brot gedeckt werden sollen. Deputat sind 25 Pfund Kartoffeln, 1 Pfund Mehl, 1 Pfund Erbsen, 1 Pfund Graupen und Salz wöchentlich, täglich ½ bis 1 Liter Magermilch, und in hiesiger Gegend in der Goldenen Aue gibt es auch noch 6 Pfund Brot und 1 Pfund Fleisch wöchentlich umsonst pro Person. Entschieden besser steht man sich bei vollständiger Verpflegung; wird für viele gekocht, läßt sich besser einteilen und ein nahrhafteres Essen herstellen, als wenn jeder einzeln in seinem eignen kleinen Topfe brodelt. Das leuchtet jedem ein, der nur einen Dunst von Haushalt hat. Und zudem ist es angenehmer und bequemer, sich an den gedeckten Tisch zu setzen, wenn man müde und hungrig von der Arbeit heimkommt, als dann noch anfangen zu sorgen. Gibt es Deputat, muß am Abend das Essen für den nächsten Mittag vorgerichtet werden, am Mittag für den Abend, und die betreffende Person, die zu Hause bleibt, sorgt, daß es gar wird zur Zeit. Deputat ist bei manchen doch beliebt, weil sie sich die Lebensmittel teilweise absparen und ihren Angehörigen schicken. Daß man auf dem Land in Butter und Fett, wie viele Städter meinen, schwimmt, ist eine durchaus irrige Ansicht; auch die Gutsbesitzer müssen mit ihren Vorräten sehr einteilen und sparen, das wird wohl heutigentags keinem Menschen anders ergehen.

Vom gesundheitlichen Standpunkt aus ist die Landarbeit sehr zu empfehlen. Schon viele junge Mädchen kamen bleich und elend aufs Land, und schon nach ein paar Wochen war ein gewaltiger Unterschied zu bemerken, sie waren verbrannt von der Sonne, viel dicker geworden und sahen gar nicht mehr nach Stadtmädchen aus. Für blutarme, bleichsüchtige Mädchen gibt es keine bessere Medizin als Landluft mit nicht zu schwerer Beschäftigung. Natürlich heißt's zeitig zu Bett am Abend, damit der Körper seine nötige Ruhe hat und man den nächsten Tag wieder frisch zur Arbeit ist. Wer von der Großstadt her jeden Abend ans Vergnügen gewöhnt ist, dem wird es auf dem Lande nicht gefallen. Auf's Land passen nur vernünftige, solide Mädchen, die ihre Befriedigung in der Arbeit finden, Zeit haben, ihre Kleider und Wäsche in Ordnung zu halten, an der schönen Natur Freude haben, ihre Erholung in einem Waldspaziergang suchen oder des Sonntags in einem schönen Ausflug. Natürlich gibt's auch Gelegenheit, mal das Tanzbein zu schwingen, denn ein Tänzchen in Ehren wird niemand verwehren. Frohsinn und Freude ist nun einmal das Vorrecht der Jugend. Nur den Mut nicht sinken lassen, wenn mal am Anfang eine Arbeit nicht gelingen will. Die Landarbeit, die oft so einfach aussieht, ist nicht so leicht. Geschicklichkeit und vor allen Dingen Uebung gehört dazu. Aller Anfang ist schwer, und es ist kein Meister vom Himmel gefallen, so sagen uns schon die alten Sprichwörter. Es muß der Körper an die neue Beschäftigung gewöhnt werden, das viele Bewegen verursacht Gliederschmerzen in den ersten Wochen, die schon manches Mädchen unglücklich machten, weil es dachte, sich Schaden getan zu haben. Aber dem ist nicht so, durch das Anspannen aller Muskeln treten die Schmerzen ein. Es ist dieselbe Erscheinung wie beim Turnen, wo einem zuerst auch alle Knochen weh tun, bis der Körper daran gewöhnt ist. Die Ermüdung in der Luft ist eine gesunde Ermüdung, die festen Schlaf und guten Appetit zur Folge hat.

Nachdem wir nun gehört, wie günstig die Landarbeit für das leibliche Wohl ist, wie man sich zweckmäßig zur Landarbeit kleidet, wie Unterkunft und Verpflegung sind, wollen wir auch mit einigen Worten an unser geistiges Wohl, unsere Seele, denken. Denn der Mensch lebt nicht nur vom Brot allein. Hat man die ganze Woche strramm gearbeitet, so will man wenigstens am Sonntag ein Stündchen unserem Herrgott opfern und sich Mut und Kraft für die kommenden Tage holen. Denn gerade draußen in der Fremde, in den vollkommen veränderten Verhältnissen, braucht ihr euren Herrgott mehr als sonst, damit er euch hilft, brav und anständig zu bleiben. Ihr kommt vielleicht mit Ungläubigen zusammen, die sich alle Mühe geben werden, euch euren Glauben aus dem Herzen zu reißen, und gerade jetzt in diesen aufrührerischen, traurigen Zeiten drohen euch alle möglichen Gefahren mehr als früher, auch in sittlicher Hinsicht, und wer da keine Religion hat, wird kaum die moralische Kraft besitzen, ihnen widerstehen zu können. Und wie traurig, wenn nur ein einziges Mädchen in die Heimat zurückkehrte, das seine Unschuld verloren hätte. Sehr gut ist es, wenn Schwestern und Freundinnen oder solche, die sich schon länger kennen und dieselbe Gesinnung haben, auf dasselbe Gut gehen, denn in Gesellschaft ist das Eingewöhnen leichter, sie werden Freud und Leid teilen und haben gegenseitig Halt, wenn schlechte Elemente, die es wohl überall gibt, auf sie einwirken wollen."

Wir sehen, wie eine, die nun schon lange mitten darin steht, urteilt. Vielleicht schließt die Idee für unsere arbeitslosen Textilarbeiterinnen eine Möglichkeit in sich. Es braucht ja nicht gleich weit von Hause zu sein. — Ich bleibe bemüht, weitere Auskünfte zu erhalten und Stellen ausfindig zu machen, die solche Gelegenheiten vermitteln. Ich werde an dieser Stelle dann nochmals davon sprechen.

Der Einblick in die Verhältnisse auf dem Lande, das Miterleben für eine Zeit würde auch letzten Endes zu einer Ueberbrückung der Gegensätze, die zwischen Stadt und Land heute mehr denn je bestehen, nicht unwesentlich beitragen.

Christine Hölzgens.

unbedingt geboten. Die Stadtverwaltung werde gerne die Mittel hierfür zur Verfügung stellen. Außerdem — um kein Mittel unversucht zu lassen — solle auch noch eine beschleunigte Eingabe an die zuständigen Ministerien gemacht werden auf der Grundlage, wie sie unser Verband gemacht habe und erbat sich von unserm Vertreter die betr. Eingabe als Unterlage. Sonderbarerweise versprach sich der Vertreter des freien Gewerkschaftskartells keine besonderen Wirkungen von einem persönlichen Vorstelligwerden in Berlin, wegen der ungeklärten politischen Lage — im Gegensatz zu unserm Vertreter, der gerade deshalb ein persönliches Vorstelligwerden für unbedingt geboten hielt.

Hoffen wir, daß diese beschleunigten Schritte recht bald von Erfolg gekrönt sind. Es wäre dringend zu wünschen, daß allerorts gegen die viel zu geringen Unterstützungssätze für Erwerbslose und derjenigen für Kurzarbeiter Sturm gelaufen wird, damit die Wirkungen sich um so schneller zeigen werden im Interesse der wirklich unhaltbaren Lage der Erwerbslosen.

Noch eins ist aus dieser Besprechung als bemerkenswert hervorzuheben. Ein gewisser Herr Bartels oder Berten aus Köln, seines Zeichens arbeitsloser Redakteur, hatte den Antrag gestellt, als Vertreter der Arbeitslosen an dieser und den noch kommenden Besprechungen teilzunehmen. Die Vorgänge in Köln und anderswo veranlaßten sowohl den Oberbürgermeister wie auch die anwesenden Gewerkschaftsvertreter, diesen Herrn abzulehnen, einmal aus dem Grunde, weil, wenn die hiesigen Arbeitslosen eine Vertretung wünschen, diese Vertretung sich wohl aus ortsansässigen Arbeitslosen verwirklichen ließe, dann aber auch die Gewerkschaften durch ihre bisherigen Arbeiten gezeigt hätten, daß die Interessen der Arbeitslosen von diesen wohl gewahrt und vertreten würden. kk

Berichte aus den Ortsgruppen.

Barmen. Bericht über die 20jährige Jubelfeier unserer Ortsgruppe. Unsere Ortsgruppe feierte am Sonntag, den 27. Juni, in der Barmer Stadthalle ihr 20jähriges Bestehen. Die Feier begann um 4 Uhr nachmittags auf dem Plateau mit einem Konzert des Barmer Orchesters. Trotz der nicht ganz günstigen Witterung waren schon früh hunderte von Mitgliedern mit ihren Familienangehörigen und Bekannten hinauf gewandert und unter den Klängen der schönen Musik nahm das Fest seinen Anfang.

Um 7 Uhr begann die Festfeier im großen Saale. In Scharen kamen die Besucher, sodaß kurz nach 7 Uhr der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war und noch Tische und Stühle beschafft werden mußten. Ein großer Teil der Gäste verweilte noch draußen wo das Konzert fortdauerte.

Die Feier wurde durch ein Musikstück des Langerfelder Posaunenchores eröffnet; dann begrüßte der erste Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege Karl Alfeld die Anwesenden. Insbesondere den ersten Zentralvorsitzenden, Kollegen Bernhard Otte und die zahlreichen auswärtigen Gäste, sowie alle, welche durch ihre freundliche Mitwirkung sich bereit erklärt hatten, das Fest verschönern zu helfen. Er erwähnte das gewaltige Wachsen der Ortsgruppe Barmen von der Gründung an. Wie ein junges Reis am 20. Juni 1900 gepflanzt, durch die unermüdliche Arbeit und Pflege der ersten Mitglieder, die keine Mühe, keine Opfer gescheut, sei die junge Pflanze ein großer, starker Baum geworden, unter dessen mächtiger Blätterkrone die gesamte christliche Textilarbeiterschaft des Tales hinreichend Schutz fände, für die Stürme in unserer Zeit.

Ein von einer Kollegin gesprochener Prolog, sowie die Sologesänge des Kollegen Max Steurenthal, mit Flügelbegleitung des Herrn Lehrers Noirhomme, haben ihre Wirkung nicht verfehlt, das zeigte der Beifall der Anwesenden.

Danach nahm unser verehrter Verbandsvorsitzender, Kollege Bernhard Otte das Wort zu seiner Festrede. Er führte aus, wie der christliche Textilarbeiterverband für die wirtschaftliche Interessenvertretung gewirkt und was erreicht worden sei. Wie die Arbeiterschaft durch zähen Kampf sich emporgearbeitet habe um die nötige Anerkennung zu erreichen. Zeigte dann den Wert der christlichen Gewerkschaft in unseren Tagen, daß sie eine Notwendigkeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete sei. Der christlich-soziale Gedanke, der unsere Bewegung beseele, der in unserer christlich-nationalen Arbeiterschaft leben müsse, wäre einzig und allein das, was unsere Zeit brauche, um wieder in geordnete Bahnen zu kommen. Nur die sittlich-ethische Erneuerung unseres Volkes ließe uns wieder in die Höhe kommen. Nur ein „Zurück zum Christentum" gäb uns wieder neue Kräfte.

Diese inneren Werte seien das, was unsere Bewegung der Sozialdemokratie voraus hätte. Die Sozialdemokratie huldigt dem materialistischen Grundsatz, „Was dein ist, ist mein", dagegen sagt unsere Bewegung vom christlichen Standpunkt ausgehend: „Was mein ist, ist dein". Wir sehen im Menschen nicht nur Stoff und Materie, sondern das von Gott zu etwas Größerem bestimmte Wesen.

Darum müsse die christliche Arbeiterschaft sich noch enger zusammenschließen, um stark zu werden für die Zukunft. Keine Mühe, keinen Kampf scheuen. Für die christlichen Gewerkschaften, für den christlichen Textilarbeiterverband werben und eintreten. Mit einem Hoch auf die Jubilare und den Verband schloß der Redner seine Ausführungen.

Dann folgte der Männerchor mit seinen ausgewählten Gesangvorträgen, ein Aufmarsch, Pyramiden und Parterreturnen des Turnvereins, was allgemeinen Beifall fand.

Von Kolleginnen wurde ein Schleierreigen aufgeführt, der dem Fest einen prachtvollen Eindruck gab. Der zweite Reigen „Jung und Alt" auch von Mitgliedern ausgeführt, erregte allgemeine Heiterkeit.

Zum Schluß richtete Kollege Otto Büchsenschütz noch einige Worte an die Festversammelten, sprach einen Dank an die Mitwirkenden aus und forderte die Mitglieder auf, in Zukunft sich vom Geist der Gründer beseelen zu lassen, noch eifriger zu arbeiten und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Textilarbeiter, der auf christlichem Boden stände, auch im christlichen Textilarbeiterverband organisiert sei.

So erreichte der schöne Tag sein Ende und alle gingen wohlbefriedigt von der Veranstaltung heim, durchdrungen von dem Gefühl der Zusammengehörigkeit der gesamten Textilarbeiterschaft.

Bielefeld. Donnerstag, 17. Juni, hielt unsere Ortsgruppe eine Versammlung ab, wobei unsere Mitglieder zahlreich erschienen waren. Vorsitzender, Kollege Eggert, eröffnete um 7.30 Uhr die Versammlung, wobei er berichtete über den letzten Tarifvertrag der den 15. Mai festgelegt ist. Die Lohnsätze sind jetzt folgende:

	Männer	Frauen
von 14—16 Jahren	1,30—1,45 Mk.	1,25—1,45 Mk.
„ 16—18 „	2,25 „	1,85 „
„ 18—20 „	2,95 „	2,30 „
über 20 Jahre	3,80 „	2,90 „

Hinzu kommt 15% Akkordzuschlag.

Zu Punkt zwei ergriff Schriftführerin Reiner das Wort und erörterte die Arbeitslosenfrage. Zur Zeit sind hier am Ort 600 Arbeitslose. Zu Punkt drei, Verschiedenes regte Vorsitzender die Mitglieder an, doch pünktlicher und zahlreicher zu erscheinen, damit mehr Leben in unsere Ortsgruppe einkehre, die nicht anwesenden Mitglieder zu ermuntern, daß wir unsere Gewerkschaft hochhalten. Ferner wurde ein Ausflug geplant, der den 26. Juni stattfinden soll. Der Ort wurde vorgeschlagen, Lämmershagen, wobei der Gedanke lebhaft begrüßt wurde und zugleich einstimmig angenommen wurde. Um 8.30 Uhr schloß Vorsitzender die gut verlaufene Versammlung.

Denklingen. Eine interessante und anregend verlaufene Versammlung für die hiesige Ortsgruppe, zu der auch der Betrieb in Brüchermühle gehört, fand am 11. Juni im Gasthof zur Post in Brüchermühle statt. In derselben entwarf Kollege Müller-Niederjeßmar ein Bild über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, besonders die in der Textilindustrie. Während der Betrieb in Denklingen noch drei Tage wöchentlich arbeitet, ist der in Brüchermühle bis auf weiteres ganz stillgelegt worden. Jetzt gelte es für die Arbeiterinnen die staatliche Erwerbslosenunterstützung zu erwirken. Kollege Müller gab den Arbeiterinnen den Rat, sich sofort erwerbslos zu melden, falls man auf den einzelnen Bürgermeisterämtern abgewiesen würde, dies sofort zu melden. Bei dieser Gelegenheit streifte er auch das Verhalten des Bürgermeisters Geisenheim in Waldbröl. Dieser Herr, welcher anscheinend nicht weiß, wie es in den Textilarbeiterfamilien aussieht, glaubt ein besonderes wohltätiges Werk zu begehen, wenn er die sich erwerbslos meldenden Stickerinnen in grobem Tone abweist. Dasselbe trifft auf den Bürgermeister von Morsbach zu. Da das unterm 11. Mai in dieser Angelegenheit an das Bürgermeisteramt gerichtete Schreiben bis zum 25. Mai keiner Antwort gewürdigt worden war, haben wir uns beschwerdeführend an das Landratsamt in Waldbröl sowie an die Regierung in Köln gewandt. Wohl auf den Druck dieser Behörden hin, ist der Herr Bürgermeister der Sache näher getreten. Er verlangt nunmehr von jedem Einzelnen einen ins kleinste geführten Beweis wegen der Bedürftigkeit, ganz gleich, ob es sich um eine zehnköpfige Familie handelt, von denen noch fünf schulpflichtig sind. Aber wir lassen uns durch nichts abschrecken, das möge sich der Herr Bürgermeister Geisenheim wohl gesagt sein lassen. Ferner berichteten die Kolleginnen über den Verlauf einer, vor einiger Zeit in Brüchermühle stattgefundenen Versammlung, welche vom Deutschen Textilarbeiterverband einberufen worden war. Herr Pannhuis aus Derschlag hat hier den krampfhaften Versuch gemacht, den Mitgliedern unseres Verbandes zu beweisen, daß,

Der Wertmesser

für die Schlagfertigkeit einer Organisation ist die Opferwilligkeit ihrer Mitglieder. Nur eine solche Arbeiterschaft wird die Kulturhöhe erklimmen, die durchdrungen ist von der Kollegialität und Standesachtung. Der Besitz dieser Standestugenden bekundet sich

in freudiger Opfertätigkeit.

falls sie in den Deutschen Textilarbeiterverband überträten, ganz andere Verhältnisse geschaffen würden. Im Versprechen hat Herr Pannhuis ja immer großartiges zu leisten vermocht, aber desto weniger, um das Versprochene durchzuführen. Unter anderm hat er behauptet, es bestände eine ministerielle Verfügung, daß die Kreise Gummersbach und Waldbröl im Lohne gleich stehen müßten, wenn das bis jetzt nicht durchgeführt sei, sei dies Schuld unseres Verbandes. Wir bitten Herrn Pannhuis, uns mitzuteilen, wann und wo eine derartige Verfügung veröffentlicht worden ist? Weiter hat der Herr damit geprahlt, daß an der Agger die Löhne höher seien, dies verdanke man nur dem Deutschen Verband. Wir bitten Herrn Pannhuis, den Mund nicht so voll zu nehmen, sondern sich mal bei den Mitgliedern des eigenen Verbandes zu erkundigen, wem die Textilarbeiter des Aggertales die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage verdanken. Sollte er da nicht die nötige Antwort bekommen — was aber wohl nicht anzunehmen ist —, so sind wir bereit, ihm dieselbe zu erteilen. Eingedenk des Wortes, daß man mit Speck Mäuse fange, hat er den versammelten Mädchen versprochen, falls sie Mitglieder des „freien" Verbandes würden, würde er dafür sorgen, daß die im Kriege zu wenig gezahlten Löhne bis auf den heutigen Tag nachgezahlt würden, es wären dies große Beträge. Auch hat er verschiedene mal unseren dortigen Vorsitzenden aufgesucht, zu dem Zwecke, die Leute in seinen Verband zu bekommen. Großartiges hat er dabei versprochen. Nun, die dortigen Leute werden wohl wissen, wer ihre Interessen am besten vertritt. Nicht durch radikale Phrasen und Redensarten lassen sich die Verhältnisse verbessern, sondern durch unermüdliche praktische Gegenwartsarbeit. Im Punkte Arbeiterinteressenvertretung lassen wir uns von keinem übertreffen, leugnen es aber ab, die Arbeiterschaft mit radikalen Phrasen zu füttern, denn damit ist derselben nicht gedient.

Herford. Am 7. Juni hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Kreike eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt, worauf er unserem Verbandssekretär Kollegen Gehring das Wort erteilte. Kollege Gehring berichtete dann ausführlich über den neuen Tarif.

Hückeswagen. Alter gewerkschaftlicher Geist kam in der letzten, zwar nicht stark besuchten Mitglieder-Versammlung zum Ausdruck. Besonders der Jugend schlug das Herz höher beim Vortrag des Kollegen Preis-Ronsdorf. In 1½stündigem Vortrag referierte er über den Stand unserer Volkswirtschaft, charakterisierte dabei in klarer, übersichtlicher Weise die Stellung der Arbeitgeberschaft gegenüber der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit. Straffe Organisation ist zur Ueberwindung der Schwierigkeiten notwendiger als je. Schon versucht man von seiten der Arbeitgeberschaft die Gleichberechtigung und das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters zu vernichten. „Alle Mann an Bord", heißt daher die Parole der Zukunft, jung und alt nebeneinander und treu zur Fahne gehalten, mögen die Schwierigkeiten noch so groß sein, sie müssen überwältigt werden. Bergische Männer und Frauen haben nie sich feige gedrückt, wenn es galt, Schwierigkeiten zu überwinden. Nein, wir bleiben stehen und halten treue Wacht, wissen wir doch, daß unsere Organisation in der Lage ist, das deutsche Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen, und mit einem Mahnwort auch das Gehörte in die Tat umzusetzen, ganz besonders aber regen Anteil an der geplanten Hausagitation zu nehmen, dann aber auch durch fleißiges Besuchen des Unterrichtskurses die geistige Schulung in unserer Bewegung vorzunehmen, schloß der Vorsitzende gegen 9 Uhr die Versammlung.

Stadtlohn. In einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung, einberufen vom christlichen Textilarbeiterverband, welche im hiesigen Arbeitervereinshause am 26. Juni stattfand, sprach Verbandssekretär Dieker aus Ahaus über das Thema „Die augenblickliche Lage in der Textilindustrie". Redner besprach die verschiedensten Ursachen, die zur Absatzstockung beigetragen haben, und infolgedessen eine erhebliche Betriebseinschränkung und teilweise eine Arbeitslosigkeit mit sich brachten. Die Arbeitslosigkeit sei das allerschlimmste, was einen Arbeiter treffen könne. Es müsse daher das Bestreben der Arbeitgeber sein, Arbeiterentlassungen nicht oder nur im äußersten Falle vorzunehmen. Vom Staate müsse verlangt werden, daß im Falle unverschuldeter Arbeitslosigkeit der Arbeiterschaft eine solche Unterstützung gezahlt werde, daß er damit das Notwendige zum Leben beschaffen könne. Von diesem Gesichtspunkte aus hätte auch der christliche Textilarbeiterverband eine dringende Eingabe an die Regierung gemacht, die Arbeitslosenunterstützung entsprechend der Teuerung zu erhöhen. Der Redner ermahnte die Arbeiterschaft, auch in dieser schweren Zeit treu zur Organisation zu stehen. Es wurde in der Versammlung eine Entschließung angenommen, welche obige Wünsche der Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt. Nachdem der Redner noch einige Anfragen beantwortet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Voigtland. Vom schönen Frühlingssonnenschein begleitet, gaben sich die Mitglieder des oberen Voigtlandes am 15. Juni ein Stelldichein. Das von Fichtengrün und duftendem Tannenwald umgebene, an den Ausläufern des Erzgebirges romantisch stille Tannenbergstal war ihr Ziel. Zentral gelegen für alle Ortsgruppen, konnte es gut zu Fuß und per Bahn erreicht werden. Frisch-fröhliche Wanderlieder ließen Müdigkeit nicht aufkommen. Mitgebrachter Imbiß gab am Waldesrand Stärkung. Beim Eintreffen füllte sich sofort der Saal. In seiner Begrüßung verlieh Kollege Cortes-Lengenfeld seiner Freude Ausdruck und dankte für die rege Teilnahme. Gerade auf gewerkschaftlichem Gebiete sei das Voigtland ein steiniger Boden und Fühlungnahme und gegenseitige Anregung sei umso notwendiger. Kollege Kanis-Chemnitz sprach hierauf über die Bedeutung unserer Bewegung und forderte zum treuen Zusammenhalten auf. Verschönt wurde das Treffen durch die Gesangvorträge der Sängergruppen Lengenfeld und Auerbach. Auch Klingenthal tat sein Bestes. Schnell flogen die Stunden dahin. Bald kam die Trennung und das Züglein trug die Mitglieder in alle Windrichtungen. Jeder nahm das Geleitwort des Kollegen Göckwitz-Falkenstein mit auf den Weg: ja nicht müde sein, sondern weiter werben für den Verband. Wir wollen erstarken.

Besondere Bekanntmachungen.

Mit dem 1. Juli hört die Portofreiheit der von Behörden ausgehenden und an Behörden gerichteten Postsendungen auf.

Von diesem Zeitpunkt ab müssen auch wieder die Berichtskarten über die Arbeitslosigkeit von den Ortsgruppen frankiert werden.

*

Sekretariatsbezirk Coesfeld-Ahaus.

Die Adresse des Sekretariatsleiters lautet ab 1. Juli:

Johann Dieker, **Coesfeld i. W.,**
Kronenstraße 1.

*

Verbandssekretariat Elberfeld.

Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Geschäftsstelle unseres Verbandes sich jetzt Island 11, 3. Etg., befindet. Telephon 2475. Die Bürostunden sind wie folgt festgesetzt und müssen unbedingt eingehalten werden:

Sprechstunden vormittags von 11—½1 Uhr, nachmittags von 4—6 Uhr, Samstags vormittags von 11—1 Uhr.

Mittwochs und Samstags nachmittags und Sonntags ist das Büro geschlossen.

Für die Vertrauensleute ist zum Abholen der Zeitungen und Marken der Donnerstag nachmittag von 4—6 Uhr festgesetzt worden. Die einkassierten Beiträge sollen auch dann abgeliefert werden.

Unterstützungen werden Freitags nachmittags von 4—6 Uhr ausgezahlt.

Die Geschäftsstelle.

Versammlungskalender.

Cottbus. 24. Juli, 7 Uhr, im Lokale Königs Bierhaus.
Greiz (Vogtl.). 18. Juli, 3 Uhr, im Lokale „Gartenheim des Arbeitervereins", Sommerfest.
Greiz (Vogtl.). 31. Juli, 8 Uhr, im Lokale „Felsenkeller".
Pößneck (Thür.), 16. Juli, 8 Uhr, im Lokale Schützenhaus (gelbe Stube). Agitationsversammlung. Vortrag des Kollegen Sekretär Melcher aus Greiz.

Inhaltsverzeichnis.

Was wir sollen! — **Artikel:** Zur Krisis in der Textilindustrie. — Zehn Prozent Steuerabzug vom Lohn und Gehalt. — **Feuilleton:** Arbeits- und Lohnausfall und Ersatzmöglichkeit für unsere Kolleginnen. — **Allgemeine Rundschau:** Sind die gestiegenen Löhne an der Preissteuerung schuld? — Furchtbare Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie. — **Aus unserer Industrie:** Die Lage des deutschen Webstuhlgewerbes. — **Aus unserer Bewegung:** Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge in Crefeld. — Berichte aus den Ortsgruppen: Barmen. — Bielefeld. — Denklingen. — Herford. — Hückeswagen. — Stadtlohn. — Voigtland. — **Besondere Bekanntmachungen.** — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Düsseldorf 56, Konkordiastr. 7.